

„SPÜRBARE MARKTVERZERRUNGEN“

Gasspeicherstände fallen auf 67 Prozent: Merz-Regierung leitet Kurswechsel ein

Der Füllstand deutscher Gasspeicher sinkt. Jetzt stellt eine Studie das gesamte System infrage. Was die Kurswende für Verbraucher und Preise bedeuten würde.



Liudmila Kotlyarova

01.12.2025

🔄 01.12.2025, 17:58 Uhr



Mitarbeiter der Sefe Storage gehen an einer technischen Anlage zur Verdichtung von Erdgas auf dem Gelände des Erdgasspeichers Rehden entlang. (Symbolbild)

Hauke-Christian Dittrich

Deutschlands Gasspeicher sind zum Start in den Dezember so niedrig gefüllt wie seit Jahren nicht. Nach den jüngsten Daten der AGSI-Plattform – einem Instrument zur Übersicht über die Füllstände in ganz Europa, das vom europäischen Verband der Fernleitungsnetzbetreiber EntsoG entwickelt wurde – lagen sie am 29. November bei nur 67,27 Prozent.

Dieser neue Wert liegt deutlich unter dem Vorjahresniveau und weit unter den früher üblichen Füllständen für die Jahreszeit. Vor einer Woche lag der Füllstand noch bei rund 73 Prozent. Noch gilt die Versorgung als stabil, doch mit einem relativ niedrigen Füllstand schwindet auch der Puffer für extreme Kälteperioden oder weitere Ausfälle an LNG-Terminals – und das Risiko der steigenden Verbraucherpreise steigt.

Gasspeicher: Frontier-Studie sieht Marktverzerrungen – und empfiehlt einen neuen Weg

Parallel dazu sorgt eine neue, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) beauftragte Studie für Bewegung: Die bisherigen Speicherpflichten, seit 2022 das Rückgrat der deutschen Gasstrategie, sollen abgeschafft werden.

Die Analyse des Beratungsunternehmens Frontier Economics mit Hauptsitz in London und einem Sitz in Berlin, die am Freitagabend veröffentlicht wurde, fällt deutlich aus: Die Füllstandsvorgaben waren im Krisenjahr 2022 sinnvoll und stabilisierten die Lage nach dem Wegfall russischer Pipelineimporte – heute aber „führen sie zu spürbaren Marktverzerrungen“.

Die ökonometrische Auswertung zeigt: Der sogenannte Sommer-Winter-Spread, also der erwartete saisonale Preisunterschied bei den Gaspreisen, ist im Schnitt um zwei Euro pro MWh gesunken. Das Geschäft, Gas im Sommer günstig einzukaufen und im Winter teurer zu verkaufen, lohnt sich weniger. Gleichzeitig verlieren Absicherungsstrategien der Händler an Bedeutung.



Trotz niedriger Gasspeicher-Stände vor dem Winter: Merz-Regierung kippt Sicherung

Wirtschaft 22.11.2025



Merz-Regierung fahrlässig? Deutsche Gasspeicher so leer wie seit Jahren nicht

Wirtschaft 28.11.2025



Im Ergebnis verlassen sich private Akteure laut Frontier Economics stärker auf den Staat, statt eigenständig einzuspeichern. Die Politiker stehen damit vor einer Grundsatzentscheidung: weiter regulieren – oder den Markt wieder frei laufen lassen?

Die Studie hat fünf Modelle geprüft und kommt zu zwei Favoriten. Die erste Möglichkeit: die festen Speicherziele ganz abzuschaffen. Dann würden die Preise wieder stärker den Markt widerspiegeln – und Unternehmen hätten wieder mehr Anreiz, im Sommer günstig Gas einzulagern. Das zweite Modell: eine strategische Reserve, also ein vom Staat bezahlter Notfallvorrat. Dabei würde der Staat eine bestimmte Gasmenge nur für echte Notfälle bereithalten, ohne in den normalen Markt einzugreifen.

Beide Varianten hätten einen Vorteil: Sie würden den Alltag des Gasmarkts kaum verändern und den Staat nur dort eingreifen lassen, wo es nötig ist – im Krisenfall. Der

Unterschied liegt vor allem darin, wie viel zusätzliche Sicherheit die Reserve in extremen Situationen bieten könnte.

Speicherstand von nur 67 Prozent: Branche begrüßt „wichtigen Schritt“ des Wirtschaftsministeriums

Dass feste Speicherziele in der gegenwärtigen Lage auch Nachteile haben können, überrascht viele in der Branche nicht. Schon im Frühjahr hatten Unternehmen darauf hingewiesen, dass ungewöhnliche Preisentwicklungen und gesetzliche Vorgaben das Einspeichern erschwerten. Damals hatte die Merz-Regierung die Pflichtvorgabe für den 1. November von 90 auf 80 Prozent und die für Februar 2026 auf 30 Prozent gesenkt – ohne neue Anreize zu schaffen, früher einzulagern. Die Frontier-Studie ordnet genau diese Signale jetzt erstmals systematisch ein.

Die Initiative Energien Speichern (INES) begrüßt jetzt, dass das BMWi die Debatte öffnet. Erst im November hatte INES die Bundesregierung vor Gasengpässen im Falle eines außergewöhnlich kalten Januars gewarnt – auch, weil der Gasverbrauch seit Monaten wieder steigt. Nun spricht der Geschäftsführer Sebastian Heinemann von einem „wichtigen Schritt“ des Wirtschaftsministeriums. Gleichzeitig warnt er, die Studie betrachte „nicht alle europäischen Regulierungsmodelle“. Ein Kurswechsel sei sinnvoll, aber nur, wenn er europäisch gedacht werde und faire Wettbewerbsbedingungen gesichert seien.

Auch Trading Hub Europe (THE) sieht zentrale Befunde der Studie bestätigt. Die Sprecherin Ina Domin erinnert daran, dass die Vorgaben 2022 „einen großen Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet“ hätten. Im Frühjahr 2025 aber hätten „die Marktteilnehmer die Speicher nicht im gewohnten Umfang gefüllt“. Der schwache Sommer-Winter-Spread und die gesetzlichen Vorgaben hätten die Marktdynamik beeinflusst. Wie sich ein neues Modell auswirke, könne THE jedoch erst beurteilen, wenn die politische Linie klar sei.

Gasspeicher-Krise: Was würde ein Kurswechsel für Verbraucher bedeuten?

Für Haushalte und Unternehmen hätte ein Systemwechsel spürbare Folgen. Fallen die festen Speicherziele weg, orientiert sich der Gaspreis wieder stärker an Angebot und Nachfrage: Im Sommer könnte Gas günstiger werden, weil mehr Angebot im Markt ist. Im Winter, wenn mehr verbraucht wird, können die Preise dafür stärker schwanken.

Eine strategische Reserve würde zusätzliche Sicherheit schaffen, käme aber nur im Krisenfall zum Einsatz. Finanziert werden müsste sie über Steuermittel oder neue Umlagen – die andere Seite der Medaille.

Gasspeicher: Wirtschaftsministerium verspricht eine Weiterentwicklung

Im Wirtschaftsministerium zeigt man sich am Montagnachmittag offen für Veränderungen, aber noch zurückhaltend bei den Konsequenzen. Das Gutachten liefere „wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Füllstandsvorgaben“, heißt es aus der Behörde auf Anfrage der Berliner Zeitung. Eine endgültige politische Linie sei jedoch noch nicht gezogen.

Hinter den Kulissen laufen nun Gespräche: Das BMW will die Ergebnisse der Studie auswerten und einen „vertieften Dialog“ mit Marktakteuren führen. Entscheidend sei dabei, dass die Speicherbefüllung weiterhin „marktlich erfolgen“ solle und staatliche Eingriffe nur ergänzend wirken dürften. Auch müsse jede Entscheidung im europäischen Rahmen abgestimmt werden.

Diese Formulierungen lassen sich als Hinweis darauf deuten, dass die Merz-Regierung ihre Speicherstrategie tatsächlich neu ordnen könnte: weg von festen Vorgaben, hin zu einem flexibleren System mit stärkerer Marktrolle und möglicher strategischer Reserve. Allerdings würden die Verbraucher diese Reserve am Ende in jedem Fall indirekt über Steuergelder finanzieren müssen.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.